

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 25. August 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. August 2023)

zum Thema:

Mittel gegen Jugendgewalt: Berufliche Chancen

und **Antwort** vom 13. September 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Sep. 2023)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Tommy Tabor (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16499
vom 25. August 2023
über Mittel gegen Jugendgewalt: Berufliche Chancen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Auch die Verbesserung der beruflichen Chancen bedeute Gewaltprävention, so der Senatsbeschluss. Deshalb würden in den Jugendberufsagenturen zwölf weitere Stellen für die Beratung geschaffen. Inwiefern erfolgt künftig eine durchgehende Beratung und Betreuung von der Berufsorientierung bis zum Abschluss eines Ausbildungsvertrags?

Zu 1.: Eine künftige durchgehende Beratung und Betreuung von der Berufsorientierung bis zum Abschluss eines Ausbildungsvertrages erfolgt durch eine Verzahnung zwischen Schule und der JBA Berlin. Die aufsuchende Beratung im Sozialraum wird ausgebaut, um junge Menschen in die JBA Berlin zu vermitteln. Dazu werden sechs weitere Stellen für die Beratung sowie eine weitere Stelle für die Koordination geschaffen. Die konkreten Veränderungen in der Beratungsstruktur sowie die Schnittstellen sind zurzeit in Planung. Alternativ bestehen schon jetzt Möglichkeiten über die Bildungsbegleitung in IBA oder spezifische Projekte in der Sek I (beispielsweise die Schulcoaches) zielgruppenspezifisch zu beraten und zu begleiten.

2. Wie viele zusätzliche Mittel werden für die Jugendberufsagentur bereitgestellt? Bitte um Angabe des Haushaltstitels.

Zu 2.: Vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers werden der Jugendberufsagentur Berlin 550.000 € zusätzlich im Titel 42801 zur Verfügung gestellt.

3. Wann legt der Senat einen Gesetzesentwurf zum 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag vor?

Zu 3.: Der Senat wird seinen Beschluss, die Gesetzesänderung dem Abgeordnetenhaus vorzulegen, so rechtzeitig fassen, dass ein Inkrafttreten der Regelungen zum Beginn des Schuljahrs 2024/2025 möglich ist (vgl. auch Antwort auf S19/15998 vom 28.06.2023).

4. Oberstes Ziel sei es laut Senatsbeschluss, den Jugendlichen vor allem in Problemkiezen eine Perspektive für einen Schul- oder Berufsabschluss zu geben. Welche Kenntnis hat der Senat über das Bildungsniveau der Täter der Silvesterkrawalle in Berlin?

Zu 4.: Hierzu liegen dem Senat keine Daten vor.

Berlin, den 13. September 2023

In Vertretung

Christina Henke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie